LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES 1936

Abend-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

Jede Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Sonnabend, 26. September	Nr. 1255

Ehrung einer Hundertjährigen.

Berlin, 27. September. Der Führer und Reichskanzler hat der Frau Augustine Henriette Schütt in Berlin-Buch, Hufeland-Hospital, aus Anlaß der Vollendung ihres 100. Lebensjahres ein Glückwunschschreiben und eine Ehrengabe zugehen lassen.

Beförderungen im Ministerium des Innern.

Berlin, 26. September. Die Regierungsräte im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern Kaibel und Dr. Hundel sind zu Oberregierungsräten befördert worden.

Sitzung der französischen marxistischen Gewerkschaftler.

Paris, 26. September. Der Landesrat des marxistischen Gewerkschaftsverbandes C. G. T. hat als Abschluß seiner außerordentlichen Tagung eine Entschließung gefaßt, in der zunächst die französische Gewerkschaftsbewegung aufgefordert wird, sich der Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse, der Regierung und dem ganzen Lande bewußt zu sein. Die sozialen Reformen, die in den neuen Gesetzen festgelegt seien, müßten ihre Verabschiedung auf dem Wege des Ausstieges der Wirtschaft finden. Das Anwachsen und die Natur der Lohnstreitigkeiten sei aber geeignet, die wirtschaftliche Lage gefährlich zu stören.

Der Landesrat versucht darzulegen, daß keiner der Streiks einen politischen Charakter und das Ziel habe, den Aufstieg der Wirtschaft zu beeinträchtigen. Er will die Schuld an dem unbefriedigenden politischen Charakter der Streikbewegung von den Gewerkschaften auf die Arbeitgeber-Organisationen abschieben und sagt, der gute Wille der Arbeiter-Organisationen sei immer wieder auf eine systematische Weigerung gewisser Unternehmerkreise gestoßen.

Ferner richtet der Landesrat des Gewerkschaftsverbands C. G. T. die Aufmerksamkeit auf die notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen zur Gesundung der Lage und verlangt Schritte zur Verwirklichung des Währungsfriedens, um den Autarkiebestrebungen entgegenzutreten und einen normalen Warenaustausch zwischen den Völkern wiederherzustellen.

Schließlich fordert der Landesrat von allen Gewerkschaftlern unbedingte Achtung der Gewerkschaftsdisziplin. Die Betriebsabordnungen hätten keine Berechtigung, von sich aus ohne Zustimmung der Gewerkschaftsvollversammlung eine Arbeitsniederlegung zu veranlassen. Außerdem hat der Landesrat des Gewerkschaftsverbandes dem Volksfrontprogramm getreu seine Solidarität zu allen Gruppen und Parteien der Volksfront und auch Volksfrontregierung zum Ausdruck gebracht.

Die Eden-Rede im Spiegel der Pariser Presse.

Paris, 26. September. Die Frühblätter stehen völlig im Zeichen der Frankenabwertung, wodurch die Genfer Völkerbundstagung fürs erste fast ganz in den Hintergrund getreten ist.

Der Außenpolitiker des **Echo de Paris**, Pertinax, der als Auswirkung der Eden-Rede eine weitere Schwächung der europäischen Zusammenarbeit befürchtet, stellt „eine Entwicklung der englischen Politik" fest. Um einen zweiten Weltpakt mit Deutschland zu ermöglichen, habe die englische Regierung ihre Formeln sehr wesentlich verändert. Der Revisionismus sei verschwunden. Es sei die Tendenz zu bemerken, sich den internationalen auf England lastenden Verpflichtungen zu entziehen.

Pertinax ist aber überzeugt, daß die von England vorgeschlagenen Methoden nicht zur allgemeinen Beruhigung beitragen werden, daß ferner kein Staat sich auf eine größere Amputierung seines Besitzstandes — sei es durch Ehrengabe oder nur die Gewalt — und daß England selber ein Beispiel in Bezug auf sein Mandatsgebiet zeigen werde.

Der Sonderberichterstatter des **Petit Parisien** sagt, Eden habe sich in seinen Ausführungen über den Artikel 19 der Völkerbundssatzungen (Gebietsabänderungen) glattweg als Revisionist gezeigt. Diese Worte Edens brächten die Gefahr mit sich, dem Versailler Vertrag, dessen wesentliche Teile bereits „verletzt", dessen Gebietsklauseln aber immer noch in Kraft seien, den Gnadenstoß zu geben. Würden die Völkerbundssatzungen von dem Vertragstext getrennt, dann würde es sehr schwierig sein, die Gebietsklauseln, die doch die Grundlage des Nachkriegseuropa bedeuteten, uneingeschränkt aufrecht zu erhalten.

Im **Figaro** heißt es, nur schwer könne man dem folgen, was Eden über die Reform des Völkerbundes gesagt habe. In der Hoffnung, Deutschland dadurch wieder in den Völkerbund zurückzuführen, habe er die Aufrennung des Versailler Vertrages vorgeschlagen. Dies sei aber eine höchst gefährliche Politik, denn sie erwecke in den Revisionisten nicht zu verwirklichende Hoffnungen. Kein Volk würde sich im Frieden Teile seines Gebietes wegnehmen lassen.

Ähnlich urteilt auch das rechtsstehende Morgenblatt **Ordre.**

Im **Excelsior** meint der außenpolitische Mitarbeiter des Blattes, die von Eden vorgetragene Auffassung der Völkerbundssatzungen sei geeignet, alle der Revision der Verträge feindlichen Staaten zu alarmieren.

Das **Petit Journal** stellt fest, daß Eden durch seinen Vorschlag Deutschland eine „enorme Genugtuung" gegeben habe.

Sehr mißmutig und bösartig befaßt sich die Außenpolitikerin des **Temps** mit der Rede Edens und schreibt: der erste Tag der Genfer Aussprache habe nicht zur Aufhellung der Atmosphäre der Unruhe beigetragen. Alles in allem habe die Rede Edens einen sehr schlechten Eindruck auf gewisse Delegationen gemacht und zwar deswegen, weil er die Politik der allgemeinen Sicherheit in so ernsthafter Weise in kleinen Einzelheiten aufrechterhalten, dagegen aber vollständig die französische These verlassen habe.

Vor allen Dingen verurteilt das „Temps" die Tatsache, daß England den deutschen Forderungen auf Trennung des Versailler Vertrages von dem Völkerbundspakt entgegengekommen sei, ohne vorher ein anderes Land zu diesem Punkte zu befragen. Es bleibe nicht mehr viel von Versailles übrig. Vor allem der Teil der Rede Edens über die Anwendung des Artikels 19 habe bei den Vertretern der mitteleuropäischen Länder große Erregung hervorgerufen.

Freude über die Erlösung von dem roten Terror.

Caceres, 26. September. In Begleitung eines spanischen Polizeimajors traf der Sonderberichterstatter des DNB nach einer 300 km langen Autofahrt durch den nördlichen Teil Andalusiens und die Provinz Badajoz in Caceres, dem Hauptquartier des Generals Franco, ein, um die Stellungen der Nationalisten an der Front von Toledo zu besuchen. Die zahlreichen auf dem Wege nach Caceres liegenden Ortschaften boten ein Bild des Friedens. Nicht nur aus sämtlichen Häusern, sondern aus fast allen Fenstern wehten die nationalen und die schwarzroten Fahnen und Symbole der Falschisten. Männer, die vor den Cafehäusern saßen, Landarbeiter, die die Ernte heimbrachten, Frauen und Kinder grüßten die Vorbeifahrenden mit erhobener Hand. Auf den Gesichtern der Bevölkerung konnte man die Freude und Zufriedenheit über die Erlösung von dem kommunistischen Terror durch die nationalistischen Truppen ablesen.

Bei kurzen Aufenthalten in größeren Ortschaften erzählten die Einwohner mit Entsetzen von den von den roten Banden verübten Greueln, und die ausgebrannten oder mit Dynamit gesprengten Kirchen legten davon beredtes Zeugnis ab. In Del Campo, einem Ort, der bereits am 5. August eingenommen worden war, wußte jedes Kind von den entsetzlichen Verbrechen zu erzählen. die die Roten begangen hatten, als sie ihre Sache verloren sahen. So wurden damals 12 reichsdeutsche Einwohner lebendigen Leibes in der Gemeindekirche mit Benzin und Antoöl übergossen und dann verbrannt! In Santos Maimona versicherte der Schulmeister, daß der Religionsunterricht nunmehr wieder eingeführt und die spanische Jugend in Zukunft nicht mehr dem Einfluß der marxistischen Erziehungsmethoden ausgesetzt, sondern in vaterländischen Pflichtbewußtsein erzogen werden würde.

Beim Eintreffen in Caceres fand gerade auf einem großen Platz ein Militärkonzert statt, wobei Tausende von Einwohnern mit erhobenem Arm die faschistischen Lieder und Märsche anhörten oder mitsangen. Das Tagesgespräch der Bevölkerung bildete ebenso wie in Sevilla die kurz bevorstehende Einnahme Toledos und die Befreiung der nun fast zehn Wochen im Alcazar eingeschlossenen tapferen Kadetten.

Am Donnerstag überflogen wieder nationalistische Flugzeuge den Alcazar und warfen Lebensmittel ab sowie Flugblätter, in denen die bevorstehende Befreiung angekündigt wurde. Die Vorhut der Nationalisten steht vor den Toren der alten Königstadt.

Sitzung des belgischen Kabinetts.

Brüssel, 26. September. Das belgische Kabinett hat am Freitag in einer mehrstündigen Sitzung verschiedenen Vorschlägen des Justizministers auf Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zugestimmt.

Gegen den Führer der Rex-Bewegung, Léon Degrelle, als Herausgeber der Zeitung „Le Pays Réel" hat das Kabinett auf Antrag des Justizministers die Einleitung eines Strafverfahrens beschlossen wegen eines Artikels, der am Freitag in dem genannten Blatt erschienen ist und der nach Ansicht der Regierung den Kredit des Staates schädigt. In dem Artikel wird namentlich eine Stelle beanstandet, in der es heißt, daß „nach einer Verschleuderung von vier Millionen regelrechter Geheimfonds der Staatskasse ein Defizit von 300 Millionen aufweise". Das Kabinett hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß diese Ausführungen „unrichtig und lügnerisch" seien.

Das Kabinett beschloß ferner, durch Presse und Rundfunk den Ausländern, die in Belgien wohnen, in Erinnerung zu rufen, daß die unerläßliche Voraussetzung für ihr weiteres Verbleiben auf belgischem Boden die Beobachtung der strikten Zurückhaltung in allen innen- und außenpolitischen Fragen sei, die Belgien angehen. Es wird den Ausländern formell untersagt, sich in irgendeiner Weise in politische Kundgebungen einzumischen. Die Durchführungsbestimmungen für dieses Verbot wurden bereits am Freitag vom Kabinett geprüft und genehmigt.

Auf Vorschlag des Justizministers nahm das Kabinett einen Gesetzentwurf zur Ergänzung der Strafbestimmungen über die Aufreizung zur Begehung von Verbrechen und Vergehen an, ferner ein Gesetzentwurf zur Ergänzung der Strafbestimmungen über die Fabrikation, den Handel und das Tragen von Waffen und Munition. Es handelt sich hierbei insbesondere um die Aufforderung zur Bildung von bewaffneten Banden und Milizen und um eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen über die Waffenherstellung und den Waffenhandel.

Diese Gesetzesvorschläge dürften mit den Ergebnissen der Haussuchungen, die in den letzten Tagen in linksrevolutionären Kreisen und bei der Belgischen Arbeiterpartei vorgenommen wurden und den Waffenschiebungsversuchen in Zusammenhang stehen.

Weitere Maßnahmen beziehen sich auf die Aenderung der strafgesetzlichen Bestimmungen über die Beeinträchtigung der durch die Verfassung garantierten, insbesondere der persönlichen Freiheit. Ferner werden die Bestimmungen über das Aufhalten des Fahrzeugverkehrs, über die Besetzung von Gebäuden und die Zerstörung von Maschinen strafverschärfend ergänzt.

Künftig fällt auch schon die Drohung mit solchen Delikten unter die Bestimmungen des Strafgesetzbuches. Zur Erläuterung wird eine amtliche Verlautbarung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Strafgesetzbuch schon dann Anwendung finde, wenn künftig jemand in das Eigentum eines anderen eindringe oder darin bleibe, ohne von dem Eigentümer dazu ermächtigt zu sein. Bei diesen Bestimmungen dürfte hauptsächlich an die Besetzung von Fabriken und Werken, wie sie bei den großen Streiks in Frankreich üblich waren, und wie sie teilweise auch schon bei den Streiks im Juni in Belgien vorgekommen sind, gedacht worden sein.

Bei sämtlichen Beschlüssen des Kabinetts handelt es sich um Gesetzentwürfe, für deren Inkrafttreten vorher noch die Zustimmung der beiden Kammern, die Anfang November zusammentreten, notwendig ist.

Der amerikanische Finanzminister zum Währungsabkommen.

Washington, 26. September. Der amerikanische Finanzminister Morgenthau erklärte zu dem zwischen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten getroffenen Währungsabkommen, es sei unter dem Gesichtspunkt entstanden, dadurch den Handel und den Frieden zu fördern. Diese Vereinbarung könne als eine Wendung zum Frieden in der Welt angesehen werden. Seines Erachtens müßte erst eine Stabilisierung der Weltwährung als Grundlage für einen dauernden Frieden und eine wirkliche Erholung im Welthandel gelegt werden.

Ueber die Einzelheiten, die zu der Währungsentente geführt haben, teilte Morgenthau mit, das Währungsabkommen sei nach einer ganztägigen Konferenz im Schatzamt erzielt worden. Er selbst habe in ständiger telephonischer Verbindung mit den Finanzämtern Englands und Frankreichs gestanden. Wochenlange private Verhandlungen seien dieser Konferenz vorangegangen.

Bezeichnend für die Art und Weise der Verhandlungen ist noch, daß der amerikanische Finanzminister von einem „gentlemen-agreement" sprach und darauf hinwies, daß der Pakt kein schriftliches Dokument sei. Ein Abkommen ist der Form des jetzt getroffenen ziehe er allem Unterschriebenen vor, falls eine der beteiligten Nationen das Währungsabkommen verletzen sollte oder falls es sich unzweckmäßig für die einheimische Wirtschaft eines der Partner auswirken sollte, sei ein Rücktritt des einen oder auch aller Partner möglich. Das Schatzamt sei jedoch sicher, daß die Vereinbarung als dauernde Grundlage für eine internationale Währungsstabilisierung dienen könne.

In einer offiziellen Presseerklärung sagte Morgenthau, seines Wissens sei es das erste Mal, daß drei Finanzminister zu gleicher Zeit eine gleichlautende, übereinstimmende Erklärung abgegeben hätten; Amerika habe dem Resultat der jetzt abgeschlossenen Verhandlungen allerdings seit dreieinhalb Jahren entgegengesehen. Frankreich habe sich mit der Frage seiner Währungsregelung an die Vereinigten Staaten gewandt. Wenige Wochen später habe „man die Wünsche der drei Regierungen so in Uebereinstimmung bringen können, daß man die Verhandlungen mit dem Abkommen habe abschließen können.

Morgenthau versicherte weiter, daß Handelsverträge von dem Währungsabkommen nicht betroffen würden. Eine Aenderung des Dollarstandes werde nicht eintreten. Die Regierung werde sich mit allen Mitteln für den weiteren Aufstieg der heimischen Wirtschaft einsetzen. Wenn andere Länder dieselbe Stabilität der Währung wie die Vereinigten Staaten erhielten, dann sei die natürliche Folge, daß sich der Handel ausdehnen würde. Wenn man sich auch entschließen könnte, die noch bestehenden Beschränkungen aufzuheben, würde der Warenverkauf zunehmen und das Risiko geringer werden.

New York, 26. September. In New Yorker Finanzkreisen wurde die Bekanntgabe des Währungsabkommens allgemein als ganz ermutigend aufgenommen. Es wird allerdings zum Ausdruck gebracht, daß man von einem internationalen Währungsstabilisierungsabkommen noch weit entfernt sei. Die Neuregelung des Franken wird immerhin als ein wichtiger Schritt und das Abkommen als möglicher Vorläufer weiterer entscheidender Maßnahmen zur Gesundung des Wirtschaftslebens betrachtet.

„Probeabstimmung" für die amerikanische Präsidentenwahl.

New York, 25. September. Die bekannte Zeitschrift Literary Digest veranstaltete für die Präsidentschaftswahl eine Probeabstimmung. Sie sandte zu diesem Zwecke etwa 10 Millionen Wahlzettel aus. Bisher sind aus 21 Bundesstaaten 503 509 „Stimmen" eingegangen. Davon erhielt der republikanische Präsidentschaftskandidat Landon 293 972, Roosevelt dagegen nur 185 495 Stimmen. Landon führt in den Nord- und Weststaaten, Roosevelt dagegen in den Südstaaten.

Die Mascal-Feierlichkeiten in Abessinien.

Rom, 26. September. Nach Abschluß der großen Regenzeit haben, italienischen Zeitungsmeldungen zufolge, in Abessinien die traditionellen Feierlichkeiten des Mascal begonnen, dessen Hauptfest auf den morgigen Sonntag fällt. Aus dem ganzen Lande strömen nach diesen Berichten Eingeborene nach Addis Abeba, darunter viele in der Absicht, ihre Unterwerfung unter Italien zu erklären oder zu erneuern.

Der Vizekönig Marschall Graziani wird an den Feierlichkeiten in Addis Abeba teilnehmen. Er hat angeordnet, daß überall im Lande den Armen und den Kirchen Geldunterstützungen zugeteilt werden.

In einem Bericht der Agenzia Stefani aus Addis Abeba wird hervorgehoben, daß die Wehrkraft der Mas, der Dedjasmas und anderer Unterhäuptlinge Italien unterworfen haben, und daß bereits bewaffnete Truppen dieser abessinischen Unterführer mit italienischen Kolonnen bei der Säuberung und der Einziehung der Waffen im Lande zusammenarbeiten. Trotz der Anwesenheit einer sogenannten abessinischen Delegation in Genf, so betont diese Stefani-Meldung, sei keine Rede einer abessinischen Regierung des früheren Negus keine Rede mehr sein. Ganz Abessinien arbeite freiwillig und zielbewußt mit den italienischen Behörden zusammen, um dem Lande ein neues Aufblühen sicherzustellen.

Mosfaus Hilfe für die spanischen Marxisten.

Moskau, 26. September. Nach Moskauer Meldungen aus Genf hat der spanische Außenminister Außenkommissar Litwinow aufgesucht und ihm im Namen der spanischen Regierung den Dank für die wirksame Hilfe ausgesprochen, die der spanischen Regierung von der Sowjetunion geleistet wird.

Keine überstürzten Maßnahmen Japans.

London, 25. September. Wie Preß Association erfährt, ist dem britischen Botschafter in Tokio vom japanischen Außenminister versichert worden, daß die japanische Regierung nicht beabsichtige, wegen der Vorgänge in Schanghai überstürzte Maßnahmen zu ergreifen.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.